

Mag.a Muna Duzdar

Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung

Digitalisierung und Demokratie oder: Jede Medaille hat zwei Seiten

Jede Medaille hat zwei Seiten. Was für fast alles im Leben gilt, gilt umso mehr für die Demokratie in der digitalen Gesellschaft. Die Digitalisierung hat in den vergangenen Jahrzehnten die Welt verändert. Sie hat dazu beigetragen, dass die Demokratiebewegungen – etwa im arabischen Frühling – gestärkt wurden und haben ihnen teilweise erst zum Durchbruch verholfen. Die sozialen Medien verstärkten die Botschaften und trugen sie in die Welt hinaus. Sie kann heutzutage auch von den diktatorischsten Regimen nicht mehr unterdrückt werden. Soziale Medien durchdringen unser aller Leben. Sie ermöglichen es jedem Einzelnen mit Bekannten, Freunden in aller Welt auf kostengünstige Weise in Kontakt zu bleiben und sie ermöglichen es, seine oder ihre Meinung kundzutun. Soziale Medien können zu mehr Debatte, mehr Diskussion führen. Sie fördert Partizipation und Teilhabe und kann zu mehr Transparenz führen, etwa in der Politik. Und nicht zuletzt ist die Digitalisierung auch eine wichtige Stütze der modernen Zivilgesellschaft. Die Vernetzung und Informationsweitergabe hat bisher ungekannte Möglichkeiten eröffnet.

Ich erinnere mich noch selbst sehr gut an den Sommer und Herbst 2015, als plötzlich tausende Flüchtlinge in Wien ankamen. Es war die Zivilgesellschaft, die beinahe ebenso schnell ein auf den sozialen Medien basierendes Informationssystem aufbaute, um die dringend benötigten Lebensmittel oder Kleidungsstücke zu beschaffen. Die Zivilgesellschaft baute mit Hilfe der sozialen Netze ein rasch funktionierendes Netz der Unterstützung auf. Bis heute halten diese Netze, die sich damals gebildet haben und bis heute haben die sozialen Medien einen entscheidenden Anteil daran.

Aber – wie gesagt – jede Medaille hat zwei Seiten, so auch die Digitalisierung. Während sie auf der einen Seite Teilhabe, Zivilcourage und Transparenz stärken kann, kann sie ebenso auf der anderen Seite ebendiese einschränken und zu Gefahren für die Demokratie mutieren. Algorithmen helfen uns, sich in der Welt der Datenfülle besser zurechtzufinden. Aber Algorithmen sorgen vor allem auch dafür, dass man nur noch einen kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit wahrnimmt. Algorithmen spiegeln eine einfache Wirklichkeit wieder und reproduzieren oftmals gesellschaftliche Missstände. Weibliche NutzerInnen wird beispielsweise weniger Werbung angezeigt, die Stellenausschreibungen höherer Positionen betreffen. In einer Zeit, in der es immer mehr Menschen gibt, die ihre Informationen ausschließlich aus sozialen Netzen beziehen, eine durchaus auch demokratiepolitisch gefährliche Entwicklung, weil es ausschließlich zu einer Bestärkung der eigenen Meinung führt.

Ein Verbot von Algorithmen ist in etwa so zielführend, wie das Verbot des Internets. Nämlich gar nicht. Was wir aber sehr wohl brauchen, ist mehr Transparenz und mehr Sensibilität. Die Menschen müssen wissen, wie Algorithmen arbeiten und welchen Einfluss sie haben. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben zu wissen, warum gerade diese oder gerade jene Meldung in ihrer/seiner Timeline auftaucht. Wenn allein in Österreich rund drei Millionen Menschen, also fast rund 35 Prozent der Bevölkerung, täglich Facebook aktiv nutzt, kann man sich die Macht vorstellen, die soziale Netze heute ausüben.

Apropos Macht: Es liegt nicht zuletzt auch in der Macht der sozialen Medien, negative Auswüchse des Internets zu bekämpfen, konkret den Hass im Netz und Cybermobbing. Hier zeigt sich, welche Auswirkungen virtuell geführte Debatten in der Realität annehmen können. Eine Studie aus Irland kommt zu dem Schluss, dass ein Drittel der Jugendlichen, die im Internet gemobbt werden, bereits Suizidgedanken hatte. Ein Fünftel sogar einen Suizidversuch unternommen hat. Oder denken wir an den Mord an der britischen Politikerin Jo Cox. Durch den Hass im Internet gegen sie wurde ein Brite tatsächlich so weit angestachelt, einen Mord zu begehen. Hier haben viele ihre Verantwortung zu tragen. Die sozialen Medien auf der einen, die Gesellschaft auf der anderen Seite. Soziale Medien müssen auf Hasspostings, die strafrechtlich relevant sind, möglichst schnell reagieren und das Netz davon befreien. Studien zeigen, dass der Druck der Zivilgesellschaft und der Politik, der in den vergangenen Jahren diesbezüglich entstanden ist, Verbesserung mit sich bringt. Soziale Medien löschen mittlerweile schneller und gezielter. Eine unangemessene Strafandrohung halte ich in diesem Zusammenhang übrigens für ein ungeeignetes Mittel. Auch wenn hier Gefahren lauern, bleibt die Rede- und Meinungsfreiheit ein Gut, dass es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt. Eine Strafandrohung in Millionenhöhe könnte dazu führen, dass über das Maß hinaus gelöscht wird, nur um den hohen Strafen zu entgehen. Das kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein. Vielmehr gilt es auch hier, Transparenz einzufordern: Wie viele Hasspostings erhalten die einzelnen Plattformen, wie viele werden gelöscht. Wie viele MitarbeiterInnen sind dafür verantwortlich, woher kommen diese MitarbeiterInnen. Ich halte eine europäische Transparenzinitiative für den richtigen Weg.

Aber auch in dieser Frage spielt die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Denn das Löschen von Hassposting bewirkt nicht, dass der Hass verschwindet. Wir müssen die Lufthoheit über die digitalen Stammtische zurückgewinnen. Zivilcourage – auch im digitalen Raum – ist entscheidend im Kampf gegen den Hass im Netz. Wer kennt sie nicht: Die Menschen, die in einem Kaffeehaus, in der U-Bahn, in den Lokalen aufstehen und einschreiten, wenn andere schlecht oder diskriminierend behandelt werden. Eben Zivilcourage zeigen. Genau das brauchen wir auch im virtuellen Raum. Wir brauchen die Zivilgesellschaft mehr denn je.

Autorin

Mag.a Muna Duzdar ist seit Mai 2016 Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung im Bundeskanzleramt in Österreich. Politische Funktionen bekleidete Muna Duzdar zunächst von 2001 bis 2004 als Bezirksrätin in Wien-Donaustadt und von 2010 bis 2012 als Bundesrätin. Als Wiener Landtags- und Gemeinderatsabgeordnete war sie seit 19. November 2012 bis zuletzt tätig.

Weitere Informationen und Kontakt: www.bka.gv.at/staatssekretarin-muna-duzdar

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de